

## Tagungsbericht

**Vom 12. bis 14. Dezember 1986 fand am IGA die Tagung BERGBAU IN GROSSBRITANNIEN UND AN DER RUHR statt. Es wurden folgende Themen behandelt:**

### **Zechenschließungen seit den zwanziger Jahren.**

Werner Abelshauser

(Institut zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bochum):

Einleitung

Karin Hartewig (München):

Die Lage der Bergarbeiter in der Inflationskrise 1914-23.

Wolfgang Jäger (Bochum):

Sozialräumliche Aspekte des Wahlverhaltens der Ruhrbergarbeiterschaft in der Endphase der Weimarer Republik. Die Beispiele Herne, Kamen und Werne a.d.L.

Mark Roseman (Birmingham):

Auflösung von innen. Sozialer Wandel im Ruhrgebiet vom Ende der Weimarer Republik bis zum Anfang der Kohlenkrise.

Klaus Tenfelde (Innsbruck):

Das Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert. Soziale Schichtung und Klassenbildung. (Öffentlicher Vortrag).

John Gillingham (St. Louis):

Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik.

Werner Milert (Düsseldorf):

Wirtschaftlicher Wiederaufbau im Ruhrgebiet 1945-1950.

Ina M. Zweiniger (Cambridge):

Attitudes towards nationalization and their impact on industrial relations in South Wales: Oakdale Colliery and Penrikbyer Colliery, 1945-1957.

Penny Bonsall (Warwick):

The Somerset Coalfield, 1947-1973: Attitudes and Response to Pit Closures in the Post Nationalisation Years.

(Diskussionsbeiträge von R. A. Church und B. Fine).

Martha Prevezer (Cambridge):

Over the coals: changes in demand for British coal between the late nineteenth century and the mid 1930s.

Manfred Wannöffel (Bochum):

Der Durchbruch der Moderne in einer traditionellen Montanregion (Das Beispiel Ruhrgebiet).

Kathy O'Donnell (Leeds):

British pit closure programmes of the 1980s and 1960s in comparison.

(Diskussionsbeitrag von Dietmar Petzina).

Barry Supple (Cambridge):  
Efficiency vs. Social Welfare: the coal industry in historical perspective.

Werner Abelshauer (Bochum): Kohle und Marktwirtschaft. Zum Problem der sozialen Kosten wirtschaftlicher Anpassungsstrategien.

Karl-Heinz Schäfer (Bochum):  
Zur Materiallage in Archiven des Ruhrgebiets.

Gustav Schmidt (Bochum):  
Klaus Tenfelde (Innsbruck):  
Perspektiven eines Forschungsprojektes.

## Ergebnisse

### 1. Behandelte Themen bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges

In mehreren Vorträgen wurde auf die sozialen Bedingungen der Bergarbeiterfamilien am Vorabend der ersten großen Welle der Zechenschließungen in den 20er Jahren in beiden Ländern eingegangen; vor diesem Hintergrund wurden die politischen Handlungsweisen der Bergleute betrachtet.

In den Jahren 1920–1926 wurden im Ruhrgebiet bereits 78 Zechen geschlossen (vor allem im Süden) und 45.000 Bergleute entlassen. Bis 1929 ging die Zahl der Bergleute von 463.000 auf 375.000 zurück. 1932 waren 120.000 Bergleute arbeitslos.

In Großbritannien begann die erste Welle der Zechenschließungen ebenfalls schon in den 20er Jahren. Von 1920 bis 1947 gingen sie von 2.571 auf 958 Zechen zurück. Zwischen 1929 und 1932 wurden 350.000 Bergleute entlassen.

Die „Rolle der Familien“ bei der Bewältigung der Krise wurde auf dieser Tagung ausführlich erörtert. Es wurde herausgestellt, daß Bergarbeiterfamilien durch eine sehr viel engere Verbindung von Haushalt und Arbeit als andere Arbeiterfamilien charakterisiert werden müssen. Familiäre Beziehungen wurden hier gleichsam zum Instrument des Arbeitsmarktes, dies sowohl bei der Suche nach Arbeit im Bergbau als auch bei der Beschaffung anderer Arbeitsplätze, z.B. in der Landwirtschaft des Ostens, aus der viele Familien kamen.

Am Beispiel des Wahlverhaltens der Bergarbeiter in Werne, Kamen und Herne wurde eine Typologie des Wahlverhaltens entwickelt: Katholisch gebundene Bergarbeiter: Zentrum; zugewanderte, in Zechenkolonien lebende, von bürgerlicher Umwelt diskriminierte Bergarbeiter: KPD, ins politische Leben integrierte, im gemeinnützigen Wohnungsbau engagierte Bergleute: SPD. Wenig Radikalisierung trotz Arbeitsplatzbedrohung; NSDAP 1933 nur 10% der Wähler (Ø 43,9%).

Bei der Analyse der Ursachen für die Bergbaukrise wurden erwähnt:

- der Nachfragerückgang durch Spareffekte und den technischen Fortschritt (Stahlindustrie);

- die geringere Weltnachfrage. Vor dem I. Weltkrieg betrug sie durchschnittlich + 4%, nach dem I. Weltkrieg praktisch +0%;
- die Produktivität sank, bedingt auch durch die schlechtere Ausrüstung;
- Mangel an Organisation und Koordination durch Zersplitterung des Besitzes.

## 2. Behandelte Themen nach 1945

Die Nationalisierung von 1947 hat gezeigt, daß die Veränderung der Eigentumsordnung allein das Problem der Kohle nicht löst, wohl aber die Voraussetzungen geschaffen werden, um die Anpassung rational und in einem für die Betroffenen akzeptableren Verfahren vorzunehmen. Das Beispiel der Somerset Coalfields zeigt, daß die Bergleute nicht aus dem Bergbau verdrängt werden mußten, sondern (aus Furcht vor einer ungewissen Zukunft und wegen des schlechten Ansehens des Arbeitsplatzes) freiwillig wichen.

Entgegen einer weitverbreiteten Meinung hat die Nationalisierung nicht überall bald zu Enttäuschungen unter den Bergarbeitern geführt. Eine Studie über die Verhältnisse in Süd-Wales zeigt, daß die Bergleute nach der Verstaatlichung das Verhältnis zur Zechenleitung wesentlich positiver sahen und sich der Vorteile durchaus bewußt waren. In der Regel kam es zu einvernehmlichen Lösungen bei Zechenschließungen, doch gibt es auch eine Anzahl meist inoffizieller Streiks. Streik ist aber im britischen Bergbau – anders als an der Ruhr, wo der letzte Streik 1923 stattfand – ein übliches Mittel des Arbeitskampfes und gehört zur „Kultur“ der industriellen Beziehungen in dieser Branche; so auch nach der Ankündigung weiterer Zechenschließungen in 1984 (1986 : 36). Dem National Coal Board ist es nicht gelungen, die Balance zwischen Sozialpolitik und Leistungsfähigkeit zu halten. Damit gerät er zunehmend unter den Druck einer ausschließlich nach Leistungsmerkmalen orientierten Wirtschaftspolitik.

An der Ruhr wurde der wirtschaftliche Bedeutungsverlust, der schon vor dem Ersten Weltkrieg begann, in der Zeit der Weimarer Republik und im Dritten Reich durch eine politische „Sonderkonjunktur“ überlagert und somit die Entstehung von Problembewußtsein verhindert (Inflation, Wiederaufbau, Aufrüstung). Dies setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg fort, als die Ruhr nicht mehr allein Deutschlands Wiederaufbau, sondern auch noch den Wiederaufbau Westeuropas zu tragen hatte. Dies führte zu einer gewissen Privilegierung des Bergmannes in der „Magenfrage“ und zur Stilisierung als „Helden des Wiederaufbaus“. Gleichzeitig und tiefer hatte sich die Bergarbeiterschaft schon weitgehend als homogene soziale Gruppe aufgelöst. Die innere Abkehr vom Bergbau ging der äußeren voraus. Solange das Wirtschaftswachstum in der übrigen Wirtschaft für Arbeitsplätze sorgte, gingen Zechenschließungen, die 1958 einsetzten, ziemlich reibungslos vonstatten.

Die Schrumpfung des Bergbaus war Bestandteil der Energiepolitik der Bundesrepublik in den sechziger Jahren. Erst als 1965/66 das Wachstumstempo etwas nachließ, gerieten die Folgen der Zechenschließungen völlig außer Kontrolle und trugen zum Sturz der Regierung Erhard bei. Die Gründung einer Einheitsgesellschaft, der RAG, (1968), löste die Probleme des Bergbaus nicht, schuf aber die Voraussetzung, um die „Anpassung“ des Bergbaus rationaler und gelenkter vorzunehmen, als unter der Kontrolle von 29 unterschiedlichen Zechengesellschaften. In den ersten zehn Jahren ihres Bestehens hat die RAG und der Ruhrbergbau etwa ebensoviele Subventionen aus öf-

fentlichen Mitteln erhalten wie in den zehn Jahren der Kohlenkrise und manche Leistungen steigen gegenwärtig stark an (Kokskohlensubvention 1986: 1,4 Mrd DM; 1987: 2 Mrd DM). Keiner der rund 60.000 seit Gründung der RAG „freigesetzten“ Bergleute ist arbeitslos geworden. Die Sanierung des Ruhrbergbaus hat dem Ruhrgebiet die Zeit verschafft, die es braucht, um seine Modernisierung voranzutreiben. Dies ist bisher – vor allem im Vergleich zu anderen alten Industrierevieren in England, Schottland, Wales (aber auch in Lothringen) – gelungen, könnte aber durch neue Zechenschließungen größeren Ausmaßes in Frage gestellt werden.

### 3. Perspektiven

Die Teilnehmer der Tagung waren sich einig, daß der eingeschlagene Weg fortgesetzt werden sollte. Zunächst ist beabsichtigt, einige der Konferenzpapiere zu veröffentlichen, um die Diskussion weiter zu öffnen. Darüber hinaus wurde eine weitere Tagung zum Thema „The Economics of the Western Coal Crisis 1945 to 1980“ für den Frühsommer 1988 geplant. Sie soll in Bochum stattfinden. Auf ihr sollen jeweils von deutscher und britischer Seite die folgenden Themen behandelt werden:

1. Der Wiederaufschwung des Kohlenbergbaus in den Jahren 1945–1956/7.
2. Die Entwicklung des Weltmarktes und seine Auswirkungen auf die nationalen Märkte für Kohle 1957–1980.
3. Wirtschaftliche Ursachen und Verläufe der Kohlenkrise.
4. Unternehmerische Strategien zur Überwindung der Kohlenkrise.
5. Gewerkschaftliche Strategien zur Überwindung der Kohlenkrise.
6. Die Rolle des Staates (einschl. Montanunion).
7. Statistische und bibliographische Dokumentation.

Parallel dazu und auf den Ergebnissen dieser „Grundlagenforschung“ aufbauend, soll das geplante Forschungsvorhaben „Zechenschließungen seit den zwanziger Jahren in Großbritannien und im Ruhrgebiet“ beginnen. Auf der „Second International Mining History Conference“, die aus Anlaß des 100. Jahrestages der Gründung des „Alten Verbandes“ im Herbst 1989 möglicherweise in Bochum stattfinden wird, wäre dann Gelegenheit auf einer entsprechenden Sektion über den Fortschritt des Projektes zu berichten.

Die Forschungsvorhaben „The Economics of the Western Coal Crisis 1945 to 1980“ und „Zechenschließungen in Großbritannien und im Ruhrgebiet“ werden auf britischer Seite von Barry Supple (St Catherine’s College, Cambridge) und Roy Church (School of Economic and Social Studies, University of East Anglia, Norwich) und auf deutscher Seite vom Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung (Werner Abelshauser/Dietmar Petzina) koordiniert.